

Zukunftsaufgabe Integration: Deutschlands Chancen gemeinsam nutzen

Leitantrag beschlossen auf dem Schleswig-Holstein-Tag am 25. und 26. September 2010

Einleitung

Durch die Fußball-Weltmeisterschaft 2010 wurde Deutschland einmal mehr in ein neues Licht gerückt: Eine junge, dynamische Mannschaft mit vielen Spielern mit Migrationshintergrund wurde in der internationalen Berichterstattung als Zeugnis eines weltoffenen und modernen Deutschlands aufgenommen, Die Integrationsleistung des Sports als beispielhaft gefeiert. Dennoch hat die deutsche Integrationspolitik noch einen langen Weg vor sich, denn nicht in allen Bereichen funktioniert die Integration so gut wie beim Fußball.

In den Themenkomplexen Religion und Bildung stellen sich diverse integrationspolitische Fragen. Gerade im Hinblick auf den demographischen Wandel, der zunehmenden Alterung der Bevölkerung und dem damit verbundenen aufkommenden Fachkräftemangel, müssen die Potentiale der in Deutschland lebenden Menschen besser genutzt werden. 19 % der Gesamtbevölkerung haben einen Migrationshintergrund. Nur wenn Deutschland die Integrationsproblematik erfolgreich löst, können gesellschaftliche und wirtschaftliche Diskrepanzen in Zukunft vermieden werden. Die demografische Entwicklung und der Mangel an qualifizierten Fachkräften machen die erfolgreiche Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte mehr denn je notwendig und gleichzeitig muss die Einwanderungspolitik auf die veränderten Rahmenbedingungen ausgerichtet werden. Zudem muss dem Problem einer in den vergangenen Jahren zugenommenen Jugendkriminalität begegnet werden, die durchaus im Zusammenhang der Integrationspolitik zu sehen ist.

Der Integrationsprozess lässt sich dabei in vier Stufen untergliedern, beginnend bei einer strukturellen Integration, bei der Migranten und ihre Kinder als Mitglieder der deutsche Gesellschaft erkannt werden, Zugang zu gesellschaftlichen Positionen erhalten und gleichberechtigte Chancen in der Gesellschaft erreichen, Ziel ist die identifikatorische Integration, bei der die Migranten ein neues persönliches Zugehörigkeitsgefühl zur deutsche Gesellschaft entwickeln.

34 Die Möglichkeit der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben der deutsche Gesellschaft
35 setzt den Erwerb von bestimmten Kenntnissen, Fähigkeiten, Einstellungen und v.a. den
36 Willen, eine weitgehende Neu-Sozialisation einzugehen, voraus. Zentral ist hier das Erlern
37 nen der neuen Sprache und eine gewisse Kommunikationsfähigkeit und -bereitschaft ge
38 genüber der Aufnahmegesellschaft. Problematisch ist die Tendenz, sich Verkehrskreise
39 ausschließlich innerhalb der eigenen Volksgruppe aufzubauen, was das Entstehen von Pa
40 rallelgesellschaften zur Folge hat, diesen muss entschlossen entgegengewirkt werden.

41

42

43 **Islam**

44 In diesem Punkt wird ausschließlich auf die Religionsgruppe eingegangen, die bei weitem
45 die schlechtesten Integrationswerte unter allen Zuwanderungsgruppen in Deutschland
46 aufweist: Die Muslime. Muslime werden in diesem Zusammenhang nicht nur als Religions-
47 gemeinschaft verstanden sondern als kulturelle Identität, die sich deutlich von unserer
48 abendländischen christlichen Kultur abhebt. In Deutschland leben zwischen 3,8 und 4,3
49 Mio. Muslime. Insgesamt weisen Muslime in den meisten Bereichen niedrigere Integrati
50 onswerte auf als Nicht-Muslime. Probleme gibt es insbesondere bei der sprachlichen und
51 strukturellen Integration, weniger bei der sozialen Integration. Beispielsweise engagieren
52 sich 50% der Muslime in Vereinen und Verbänden und nehmen so am sozialen Leben in
53 Deutschland teil. Insbesondere die Werte der zweiten Generation der zugewanderten
54 Muslimen sind hier deutlich besser geworden. So bezeichnen sich 36 % der Muslime selbst
55 als stark gläubig, weitere 50% als eher gläubig. Allerdings sind lediglich 20% der Muslime
56 Mitglied in islamischen Vereinen oder Gemeinden.

57

58 Die deutschen Muslime werden durch vielfältige Organisationen vertreten. Als Ergebnis
59 der deutschen Islamkonferenz (DIK) wurde daher der Koordinierungsrat der Muslime in
60 Deutschland (KRM) als Dachverband gegründet. Der KRM sollte der öffentlichen Hand als
61 einziger Ansprech- und Verhandlungspartner dienen. Als Alleinvertretungsorganisation ist
62 der KRM aber innerhalb der muslimischen Gemeinschaft sehr umstritten, was zum einen in
63 den sehr verschiedenen islamischen Glaubensrichtungen begründet liegt, zum anderen in
64 einer fehlenden Bekanntheit und Verbundenheit der Muslime zu ihren Organisationen. So
65 ist nach einer repräsentativen Umfrage aus dem Jahr 2008 über 90% der Muslime in
66 Deutschland der Koordinationsrat als Dachverband weithin unbekannt.

67

68 Ein häufig diskutiertes Problem stellt die Selbstausgrenzung der Muslime im sozialen Le-
69 ben dar, wie etwa das Fernbleiben von muslimischen Kindern bei Klassenfahrten, gemisch-
70 tem Sportunterricht oder dem Schwimmunterricht. Hier ist allerdings auf die tatsächlichen
71 Umstände acht zu geben und nicht spektakuläre Einzelfälle aus den Medien oder in der
72 Rechtsprechung alleinig Glauben zu schenken. Nur ca. 10% der muslimischen Kinder neh-
73 men nicht teil an Schwimmunterricht, gemischten Sportunterricht und Klassenfahrten. Bei
74 der Selbstausgrenzung der Muslime handelt es sich also um kein Massenphänomen, den-
75 noch muss ihr begegnet werden. Ein anderer interessanter Punkt ist die Tatsache, dass
76 76% der Muslime gerne einen muslimischen Religionsunterricht hätten.

77 In der deutschen Gesellschaft bestehen nach wie vor große Bedenken gegenüber dem Is-
78 lam, daher muss mit allen Mitteln versucht werden, den Islam besser zu integrieren, daher
79 muss mit allen Mitteln versucht werden, Vorurteile und Berührungängste abzubauen. Die
80 deutsche Gesellschaft als Aufnahmegesellschaft muss verstehen, was den Islam umtreibt,
81 was in muslimischen Gemeinden und Vereinen passiert. Es dürfen dabei von muslimischer
82 Seite keine Sprachbarrieren manifestiert werden, die den Austausch und das gegenseitige
83 Verstehen behindern. Zudem muss der Staat Aufsichtsmöglichkeiten und präventive Ge-
84 nehmigungsmaßnahmen über eben diese Gemeinden und Vereine haben und diese auch
85 nutzen können. Daher ist es auch hier wichtig, dass es keinen deutschfreien Sprachraum
86 im muslimischen Leben gibt.

87 Wichtig ist, dass in der deutschen Gesellschaft eine grundsätzliche Bereitschaft zur Auf-
88 nahme gegenüber den muslimischen Mitbürgern sowie zu Angeboten an die hier lebenden
89 Muslime besteht. Im Gegenzug muss aber auch klar sein, dass dies nur gilt, sofern jeder
90 Muslim, als auch der KRM als anerkannter Dachverband eine Integrationsakzeptanz, in der
91 deutschen Bevölkerung, mitwirken, eine Integrationsakzeptanz innerhalb der muslimi-
92 schen Gesellschaft zu schaffen und insbesondere die Sprachbarrieren zwischen Muslimen
93 und Nicht-Muslimen abzubauen. Dies entspricht auch unserem gesellschaftlichen Grund-
94 satz vom Fordern und Fördern.

95

96 **Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein schlägt daher vor:**

97

- 98 • Wünschenswert wäre ein, von allen Muslimen anerkannter Dachverband der Mus-
99 lime in Deutschland, der als Schnittstelle dient und die Zusammenarbeit mit der
100 Bundesregierung verbessert.
- 101 • Der öffentliche Muezzin ist abzulehnen, um die negative Religionsfreiheit zu ge-
102 währleisten.
- 103 • Auch die muslimischen Predigten in Moscheen sollten in deutscher Sprache gehal-
104 ten werden. Dadurch könnten Sprachbarrieren weiter abgebaut werden. Es darf kei-
105 nen Rückzug in einen deutschfreien Sprachraum geben.
- 106 • Imame sollten nur mit einer deutschen Ausbildung zugelassen werden (muslimi-
107 sches Theologiestudium).
- 108 • Bereits tätige ausländische Imame müssten dann einen Test/Ausbildung in
109 Deutschland nachholen. In dieser Ausbildung ist den Imamen insbesondere ihre
110 Verantwortung, die Notwendigkeit der Integration und die Bedeutung der freiheit-
111 lich demokratischen Grundordnung in Deutschland nahe zu bringen.
- 112 • Der Moscheebau ist aufgrund der in Deutschland verankerten Religionsfreiheit zu
113 gewährleisten. Gerade die Möglichkeit Moscheen in den Städten zu errichten und
114 nicht in die Randbereiche gedrängt zu werden, sollte dabei ein Angebot an die Mus-
115 lime darstellen. Die Bauten müssen sich aber ins Stadtbild einfügen und dürfen die
116 betroffenen Nicht-Muslime nicht verschrecken. Hier kommt es auf gute Kompro-
117 misse vor Ort an.

118

119 **Bildung**

120 Durch die Schule hat der Staat die beste Möglichkeit aktiv in die Integration von Migran-
121 ten einzugreifen und diese zu verbessern. Wissenschaftliche Studien zeigen jedoch, dass
122 das deutsche Bildungssystem vor allem Kinder aus sozial schwachen Familien und somit
123 vor allem Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund benachteiligt und somit
124 von Anfang an die Chancengleichheit nimmt.

125 Uns allen ist seit langem bewusst, dass die Qualität an unseren Schulen verbessert werden
126 muss. Davon profitieren alle Schüler, aber vor allem Schüler mit Migrationshintergrund.
127 Lehrer müssen lernen didaktisch und pädagogisch besser auf Schüler mit Migrationshin-
128 tergrund einzugehen.

129 Ein Schulsystem, in dem alle Schüler mit verschiedensten Bedürfnissen gemeinsam unter-
130 richtet werden, lehnt die JUNGE UNION Schleswig-Holstein grundsätzlich ab. Es bedarf
131 vielmehr einer sehr frühzeitigen Förderung dieser Kinder, um ihnen gute berufliche Per-
132 spektiven zu ermöglichen.

133

134 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein ist der Meinung, dass das Beherrschen der deut-
135 schen Sprache die Basis für eine erfolgreiche Integration ist. Das Erlernen, Sprechen und
136 Verstehen muss also bereits in den Kindertagesstätten beginnen und in Schule und Aus-
137 bildung fortgeführt werden.

138 Es hat sich herausgestellt, dass es bei der Integration von Migranten der zweiten und drit-
139 ten Generation vor allem deshalb Probleme mit der deutschen Sprache gibt, weil sie die
140 Sprache ihrer Eltern nicht beherrschen. Nur wer auch die Sprache seiner Eltern grammati-
141 kalisch beherrscht, kann auch andere Sprachen erlernen.

142

143 Der Grundstein für Integration wird schon im Kindergarten und in der KiTa gelegt. Parallel
144 mit der Kindertagesbetreuung muss die Sprachförderung beginnen. Förderung im Kinder-
145 garten macht jedoch nur dann Sinn, wenn auch genug KiTa-Plätze zur Verfügung stehen
146 und Kinder mit Migrationshintergrund die KiTa besuchen, was zurzeit noch viel zu häufig
147 nicht der Fall ist. Deshalb fordern wir einen weiteren Ausbau der Betreuungsplätze. Über
148 eine KiTa-Pflicht muss vor diesem Hintergrund verstärkt nachgedacht werden. Die JUNGE
149 UNION Schleswig-Holstein befürwortet einen Ausbau der Sozialstaffeln, um möglichst
150 allen sozial schwächeren Familien die Nutzung von KiTas zu ermöglichen.

151 Zudem wird eine Ausweitung des Bildungsauftrags von KiTas unterstützt. Notwendig ist
152 dazu vor allem eine vertiefte pädagogische Ausbildung der Erzieher, um einen frühzeitigen
153 Spracherwerb zu fördern. Kinder mit Migrationshintergrund dürfen nicht sozial und kultu-
154 rell ausgegrenzt werden. Für eine erfolgreiche Integration der Kinder brauchen wir jedoch
155 auch immer die Eltern.

156

157 Nach einer guten Schulbildung wird auch eine gute Berufsausbildung benötigt, um eine
158 Integration in den Arbeitsmarkt sicher zu stellen. Zurzeit gelingt es jedoch einem Großteil

159 der Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht, einen Ausbildungsplatz zu erhalten
160 oder eine weiterführende schulische Ausbildung abzuschließen.

161 Auch hoch motivierte Schüler mit gutem Schulabschluss werden wegen ihrer Herkunft
162 benachteiligt, um dies zu verhindern, spricht sich die JUNGE UNION Schleswig-Holstein
163 daher für einen Ausbau der Netzwerke von Schulen und der Bundesagentur für Arbeit aus,
164 um sich gezielter um Migranten mit guten Abschlüssen und hoher Motivation kümmern zu
165 können, deren Stärken gegenüber den Unternehmen aufzuzeigen sowie sie in den Ar-
166 beitsmarkt zu vermitteln.

167 Auch die Wirtschaft muss sich ihrer Verantwortung bewusst werden und die Einbindung
168 von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Vordergrund rücken. Eltern müssen
169 hier stärker eingebunden, verständlich über das deutsche Ausbildungssystem informiert
170 und für eine bestmögliche und zukunftssträchtige berufliche Ausbildung ihrer Kinder ge-
171 wonnen werden. Gerade bei der beruflichen Zukunft von Töchtern aus Familien mit Migra-
172 tionshintergrund müssen Eltern für die Zukunft ihrer Kinder gewonnen werden. Auch der
173 öffentliche Dienst muss sich aktiv um Jugendliche mit Migrationshintergrund bemühen,
174 die bisher als Beschäftigte stark unterrepräsentiert sind.

175

176 **Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:**

177

178 • Die Akzeptanz für Sexualunterricht/Klassenfahrt/Schwimm- und Sportunterricht
179 sollte durch Zusammenarbeit mit Organisationen erhöht werden. Möglicherweise
180 können die Integrationsbeauftragten der Schulen mit Vorträgen bei muslimischen
181 Gemeinden und Vereinen dafür werben. Es sollte eine transparente Darstellung er-
182 folgen, was in der Schule geschieht.

183 • Es sollten Modellklassen eingerichtet werden, an denen muslimischer Religionsun-
184 terricht stattfinden kann (auf deutsch). Besonders wichtig sind solche Klassen in
185 Gebieten mit hoher Quote von Muslimen in der Bevölkerung. Modellklassen n kön-
186 nen auch an Praktikumsschulen für Studenten der islamischen Theolo-
187 gie/Religionspädagogik sein.

188 • Wichtig ist die Akzeptanz bei muslimischen Eltern für deutschsprachigen muslimi-
189 schen Religionsunterricht zu erhöhen. In vielen traditionellen muslimischen Famili-

190 en herrschen noch eine Sprachbarriere und die Vorstellung vor, dass nur in eigener
191 Sprache der Islam unterrichtet werden könne.

- 192 • Es müssen mehr junge Migranten für den Beruf des Lehrers oder des Erziehers be-
193 geistert werden.
- 194 • Bei der Lehrerausbildung muss vermehrt ein Augenmerk auf Deutsch als Zweit-
195 sprache gesetzt werden, um die Lehrer besser auf die Realitäten des Berufslebens
196 vorzubereiten.
- 197 • Migranten müssen von der Bedeutsamkeit eines Besuches ihrer Kinder in der KiTa
198 überzeugt werden. Die KiTa muss darauf ausgelegt sein, Kinder von Migranten
199 frühzeitig an Hochdeutsch als Muttersprache zu gewöhnen.
- 200 • Ganztagschulen sollten vor allem in Stadtteilen mit vielen Schülern mit Migrati-
201 onshintergrund ausgebaut werden.
- 202 • Die Teilnahme am Sport- und Sexualkundeunterricht sowie an Klassenfahrten sollte
203 verpflichtend sein.
- 204 • Die Vernetzung zwischen Schule und Bundesagentur für Arbeit muss optimiert
205 werden, um Chancengleichheit zu gewährleisten.
- 206 • Bei regelmäßigem Fernbleiben des Kindes vom Unterricht muss über Sanktionen
207 gegen die Eltern nachgedacht werden. In Frage kommt die Kürzung von Sozialleis-
208 tungen, wie z.B. dem Kindergeld.

209

210 **Jugendkriminalität**

211 In den vergangenen Jahren wiesen die Polizeilichen Kriminalstatistiken (PKS) für Schles-
212 wig-Holstein steigende Fallzahlen in der Jugendkriminalität auf. Auch wenn einige me-
213 dienwirksame Fälle einen anderen Eindruck entstehen lassen, stellt dies kein spezielles
214 integrationspolitisches als vielmehr ein sozialpolitisches Problem dar. Häufig liegen die
215 Ursachen in geringen Bildungschancen und mangelnden Zukunftsaussichten der Jugendli-
216 chen, die allerdings bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund besonders häufig vorlie-
217 gen.

218

219 Ein enger Zusammenhang besteht zwischen Jugendkriminalität und Alkoholeinfluss. So hat
220 nach der PKS 2009 jeder vierte Jugendliche unter 21 Jahren seine Tat unter Alkoholeinfluss
221 begangen. Bei den Rohheitsdelikten wie Raub, Körperverletzung, Nötigung oder Bedro-

222 hung ist der Anteil der Jugendlichen, die bei der Tatbegehung unter Alkoholeinfluss stan-
223 den, mit 37% sogar noch höher.

224

225 **Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher**

226

- 227 • die vermehrte Ausbildung und Einstellung von qualifizierten Bürgern mit Migrati-
228 onshintergrund für den Polizeidienst. Diese Polizisten sollen nach Möglichkeit in
229 Brennpunkten eingesetzt werden, da ihnen gegenüber jugendlichen Straftätern mit
230 Migrationshintergrund ein besserer pädagogischer Zugang möglich ist und sie
231 gleichzeitig eine Vorbildfunktion ausfüllen können.
- 232 • eine schnellere Aufklärung der Straftaten und eine schnellere Aburteilung der ju-
233 gendlichen Straftäter, um eine bessere erzieherische Wirkung zu erzielen. Als Vor-
234 bild sollte das von der Berliner Richterin Kirsten Heisig entwickelte „Neuköllner
235 Modell“ dienen. Bei diesem sogenannten vereinfachten Jugendstrafverfahren sollen
236 die Gerichtsverhandlungen bei Delikten, für deren Ahndung maximal ein Arrest von
237 vier Wochen in Betracht kommt, spätestens innerhalb von drei bis fünf Wochen
238 nach der Tat stattfinden. Dafür ist eine besonders enge Zusammenarbeit von Poli-
239 zei, Staatsanwaltschaft und Gericht erforderlich. Zudem sollen verstärkt Täter-
240 Opfer-Gespräche angeboten und gemeinnützige Arbeit angeordnet werden, um
241 den pädagogischen Effekt noch zu verstärken.
- 242 • keine pauschale Verschärfung der gesetzlichen Strafen. Eine Heraufsetzung der
243 Höchststrafe im Jugendstrafrecht wird von der JUNGEN UNION Schleswig-
244 Holstein hingegen für besondere Ausnahmefälle unterstützt.
- 245 • die Aufnahme des Anteils der Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund in die
246 PKS. Dies hilft, die öffentliche Debatte darüber zu versachlichen und bei Integri-
247 onsproblemen gezielter und wirksamer Hilfestellungen leisten zu können.
- 248 • die Einstellung der Zahlung von Kindergeld im Fall von inhaftierten jugendlichen
249 Straftätern. Kindergeldleistungen stehen den Kindern bzw. Jugendlichen zu, wofür
250 während eines Haftaufenthaltes weder Notwendigkeit noch Berechtigung beste-
251 hen.
- 252 • bei jugendlichen Straftätern ohne deutsche Staatsbürgerschaft auch die Auswei-
253 sung als letzte Konsequenz zu prüfen, sofern der Straftäter anhand der Anzahl sei-
254 ner Straftaten sowie der Schwere gezeigt hat, dass er sich nicht integriert hat oder

255 sich nicht integrieren will. Die Rückführung in sein Heimatland sollte in diesem Fall
256 konsequent und zügig erfolgen. Auch die Gewährung des seit 1879 abgeschafften
257 Kirchenasyls darf keine Anwendung mehr finden. Das BAMF (Bundesamt für Migra-
258 tion und Flüchtlinge) muss zeitnah über gestellte Asylanträge entscheiden. Die Op-
259 tion der Aussetzung der Abschiebung muss in Zukunft entfallen. Hier sollten klare
260 Rechtsverhältnisse geschaffen werden. Der bislang angewandte Maßstab, eine Ab-
261 schiebung erst bei einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren ohne Bewährung zu veranlas-
262 sen, ist unzureichend. Hier fordert die JUNGE UNION Schleswig-Holstein eine Ab-
263 schiebung ab einem Strafmaß von einem Jahr ohne Bewährung unter Berücksichti-
264 gung der oben genannten Voraussetzungen.

265
266

267 **Einwanderungspolitik**

268 Der demografische Wandel, eine immer älter werdende Bevölkerung, ist schon im vollen
269 Gange und wird sich ab dem Jahr 2020 deutlich beschleunigen. Leben aktuell knapp 82
270 Millionen Menschen in Deutschland, werden es bis 2035 nur noch 78 Millionen sein. Bricht
271 man die Zahlen weiter herunter, wird die Gruppe der Personen im erwerbsfähigen Alter bis
272 2035 um mehr als acht Millionen oder rund 17 Prozent sinken. Der Wirtschaft werden die
273 Arbeitskräfte zunehmend fehlen. Deutschland steuert auf einen massiven Fachkräfteman-
274 gel zu. Dies hätte erhebliche Wachstumseinbußen sowie eine noch schlechtere Beschäfti-
275 gungsentwicklung zur Folge, weil vergleichbare Stellen nicht besetzt werden könnten.

276 Qualifizierte Zuwanderung muss dabei endlich als Chance begriffen werden, um im globa-
277 len Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen zu können. Erfolgreiche Integrationspolitik
278 ist auch eine Investition in Menschen, die einen Gewinn für die deutsche Gesellschaft sind
279 und zugleich das Ansehen und die Internationalität des Landes gesellschaftlich, wirtschaft-
280 lich und kulturell erhöhen können.

281 In Deutschland wird dennoch über kein anderes Thema mit so viel Ideologie, Emotionalität
282 und irrationalen Argumenten debattiert und gestritten wie über das Politikfeld Zuwande-
283 rung und Ausländerfragen. Gerade in der aktuellen medialen Diskussion ist dieses Thema
284 wieder neu in der Frage angefacht worden, ob dem Fachkräftemangel eher durch die ver-
285 stärkte Qualifizierung der Bevölkerung oder durch eine gezielte Zuwanderung zu begeg-

286 nen ist. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein lehnt diese „Entweder-oder-Diskussion“
287 entschieden ab. Auch wenn der Bedarf an Fachkräften vorrangig dazu genutzt werden soll-
288 te, die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu verringern, dürfen wir nicht die Augen davor ver-
289 schließen, dass viele Arbeitslose nicht qualifiziert genug sind und das Problem ohne Ar-
290 beitskräfte von außen nicht zu lösen ist.

291

292 Laut den aktuellsten Angaben des Statistischen Bundesamts sind heute 8,8 Prozent der
293 deutschen Bevölkerung „Ausländer“. Von einer Gesamtbevölkerung von ca. 82 Mio. aus-
294 gehend sind dies etwa 7,3 Mio. Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Solche Sta-
295 tistiken haben allerdings kaum einen Aussagewert über den „Migrationssaldo“. Die Ab-
296 wanderung von Ausländern seit Mitte der neunziger Jahre ist teils sogar höher als die offi-
297 zielle Zuwanderung, in der gesamten EU beläuft sich die jährlich erfasste Zuwanderung auf
298 ca. 1,3 Millionen Menschen. Daher kann von „Flüchtlingsfluten“ oder „unkontrollierter
299 Masseneinwanderung“ nach Deutschland und Europa keine Rede sein. Bisher bewegten
300 sich die meisten Migranten innerhalb des europäischen Kontinents oder sie verließen ihn.

301

302 Die deutsche Bürokratie schreckt potenzielle Einwanderer ab. Das berüchtigte deutsche
303 Steuerrecht ist kaum einem Einwanderer zu vermitteln, ebenso das komplizierte Sozialver-
304 sicherungsrecht. Zudem gibt es häufig Probleme mit der Anerkennung ausländischer Stu-
305 dien- und Berufsabschlüsse oder auch ausländischer Führerscheine und die Prüfungen
306 müssen hier wiederholt werden. Kanada gilt als beliebtestes Einwanderungsland für Hoch-
307 qualifizierte, die Gründe hierfür liegen auf der Hand:

308 Kanada hat ein Punktsystem eingeführt, das die potenziellen Einwanderer nach ihrer Qua-
309 lifikation, Sprachkenntnissen und Berufserfahrung bewertet. Je besser die Einwanderer,
310 desto schneller kommen sie ins Land.

311

312 **Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert:**

313

- 314 • Systematische, einheitliche Einwanderungsregeln über ein Punktesystem, um be-
315 sondern Hochqualifizierte ins Land zu bekommen.
- 316 • Kostenlose verpflichtende Sprach- und Kulturkurse für alle Einwanderer
- 317 • Schnellstmöglicher Nachzug der Familie der Familie 1. Grades von Hochqualifizier-
318 ten ermöglichen

- 319 • Transparente Anerkennungsregeln von ausländischen Abschlüssen und Führer-
320 schein
- 321 • Optimale Stadtplanungen, um die Integration von Ausländern zu erleichtern und
322 von vorneherein die Bildung von Parallelgesellschaften in einzelnen Stadtteilen zu
323 verhindern. Auch bestehende städteplanerische Fehlentwicklungen müssen behö-
324 ben werden. Städtebauförderung muss ein besonderes Augenmerk auf die Beseiti-
325 gung von Parallelgesellschaften legen.
- 326 • Entwicklung europäischer einheitlicher Einwanderungsstandards. Eine zeitgemäße
327 Integrations- und Migrationspolitik kann nur auf europäischer Ebene erreicht wer-
328 den.
- 329 • Aufenthaltsgenehmigung nur bei Nachweis eines Beschäftigungsverhältnis.“